



Johanna Klatt, Robert Lorenz. *Manifeste: Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*. Bielefeld: Transcript - Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis, 2011. 445 S. ISBN 978-3-8376-1679-8.



Reviewed by Ute Hasenöhl

Published on H-Soz-u-Kult (September, 2011)

J. Klatt u.a. (Hrsg.): Manifeste

„Der kommende Aufstand“ (Comit© invisible, 2007), eine Vorhersage des Zusammenbruchs der westlichen Demokratie; „Empört euch!“ (Stéphane Hessel, 2010) als intellektuelles Vermächtnis aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts; das „Manifest der Vielen“ (herausgegeben von Hilal Sezgin, 2011) zur Sarrazin-Debatte um Integration und Migration: Politische Streitschriften feierten jüngst eine regelrechte Renaissance. Vgl. Johannes Thumfart, „Empören Sie sich bitte jetzt“, in: ZEIT Online, 10.3.2011, (6.8.2011). Auch wenn diese aktuellen Beispiele im vorliegenden Sammelband nicht mehr behandelt werden, hätte der Zeitpunkt seines Erscheinens damit kaum besser gewählt werden können. Gerahmt von zwei konzeptionellen Aufsätzen der Herausgeber Johanna Klatt und Robert Lorenz zu den Wesensmerkmalen dieser Textsorte, umfassen die 13 Fallstudien eine Zeitspanne von rund 170 Jahren. „Wie entstehen und funktionieren politische Manifeste? Weshalb vermögen es einige, die Massen zu mobilisieren, während andere nur Randnotizen der Geschichte bleiben?“ Unter diesen Leitfragen (Klappentext) sollen die Potenziale eines Quellentyps ausgelotet werden, der im Gegensatz zu literarischen oder

künstlerischen Manifesten bislang kaum systematisch untersucht worden sei (S. 8).

Der am Göttinger Institut für Demokratieforschung entstandene Sammelband rückt neben Themen, Inhalten und Rhetoriken der Streitschriften zum einen die Manifestanten selbst in den Mittelpunkt – ihre Motive, Ressourcen und Netzwerke –, zum anderen die Wirkungsgeschichte der Pamphlete mit ihren Folgen für Urheber, Gesellschaft und politisches System. Anknüpfend an die Debatten über „Zivilgesellschaft“ konzentrieren sich die Autoren auf die öffentliche Erklärung oder Stellungnahme einer oder mehrerer Personen, die nicht an der politischen Macht beteiligt sind, zu einem politischen Ereignis (S. 11). Andere Formen von Manifesten, speziell die Anfänge als öffentliche Verlautbarungen herrschaftlichen Willens seit dem 16. Jahrhundert, werden bewusst ausgeklammert. Ziel ist es, die bürgerschaftliche Funktion und Bedeutung politischer Manifeste zu ergründen – sowohl hinsichtlich ihrer gesellschaftsverändernden und demokratiestärkenden Potenziale als auch mit Blick auf ihre möglichen „Schattenseiten“ als Propagandainstru-

mente und exkludierende Vehikel von Elitenmeinungen.

Der zeitliche Schwerpunkt liegt mit zehn Fallstudien auf dem 20. Jahrhundert. Das 19. Jahrhundert ist trotz der hohen Zahl zeitgenössischer politischer Flugschriften mit zwei Manifesten eher schwach repräsentiert. Benjamin Seifert arbeitet in seinem Aufsatz zum „Hessischen Landboten“ (1834) Entstehungsprozess, Rhetorik und Rezeptionsgeschichte dieses „ersten Zeugnis[s] moderner politischer Agitation“ heraus (S. 48). Von der hessischen Obrigkeit rasch unterdrückt, wurde die Flugschrift durch ihren „infernalischen Sprachstil“ (S. 70) und die Reputation des Vormärz-dichters Georg Büchner bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als Ideen- und Impulsgeber wirksam. Eine noch umfangreichere Fernwirkung entfaltete das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels (1848). Philipp Erbentraut und Torben Lütjen führen dessen anhaltenden Zauber vor allem textimmanent auf die einprägsame Metaphorik zurück, den soghaften Aufbau des Textes sowie die Kombination aus revolutionärem Narrativ und teleologischem Geschichtsglauben.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ist mit vier Manifesten vertreten. Matthias Micus und Katharina Rahlf zeichnen in ihrem Aufsatz über Filippo Tommaso Marinetti und das „Futuristische Manifest“ von 1909 das Portrait eines Manifest-Karrieristen, der sich mit unermüdlichem PR-Einsatz an die Spitze einer selbst manifestierten Kunstrichtung zu setzen vermochte. Auch das „Manifest der 93“ ist ein ambivalentes Schriftstück: 1914 als Antwort auf eine Erklärung britischer Intellektueller von prominenten Vertretern der deutschen Kunst und Wissenschaft verfasst, um die Kriegsführung in Belgien zu rechtfertigen, war der Aufruf an die Kulturwelt zwar Produkt zivilgesellschaftlicher Akteure, ohne aber, wie Ulf Gerrit Meyer-Rewerts und Hagen Stöckmann betonen, eine oppositionelle oder gar zivilisierende Funktion zu erfüllen. Die demokratische Stoßrichtung des nächsten Pamphlets, eines Aufrufs von Intellektuellen zur entschuldigungslosen Enteignung der Ersten von 1926, steht dagegen außer Frage. Robert Lorenz wirft die Problematik einer (zu) homogenen Manifestantengruppe auf, die aus dem linksintellektuellen Kreis der „üblichen Verdächtigen“ zwar eine beachtliche Zahl bekannter Persönlichkeiten wie Kurt Tucholsky, Käthe Kollwitz oder Albert Einstein vereinigte, durch ihre weltanschauliche Geschlossenheit aber kaum in der Lage war, andere Personengruppen zu mobilisieren. Die Außenwirkung der von Jens Gmeiner und Markus Schulz analysierten Manifeste des „Lutetia-Kreises“ (um Heinrich Mann, Willi Münzenberg und

Rudolf Breitscheid) von 1936 war ebenfalls beschränkt. Auch wenn es nicht gelang, eine bis ins nationalsozialistische Deutschland hineinreichende Gegenöffentlichkeit zu schaffen, waren die Appelle ein bedeutsamer Versuch, eine die politischen Lager überspannende „Volksfront“ im Pariser Exil zu etablieren.

Aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes werden fünf Manifeste behandelt. Robert Lorenz streicht in seinem Beitrag zur „Göttinger Erklärung“ heraus, dass die Proteste der 18 Wissenschaftler gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr 1957 stark von Karriereüberlegungen motiviert waren. So wollten die Wissenschaftler das schlechte öffentliche Image der Atomforschung durch eine Distanzierung von ihrer militärischen Nutzung verbessern. Am stärksten profitierte davon der Initiator der Verlautbarung, Carl Friedrich von Weizsäcker, dem es gelang, sich als „Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph“ (S. 215) ein prestigeträchtiges Betätigungsfeld zu eröffnen. Mit der bundesdeutschen Friedensbewegung beschäftigt sich auch ein weiterer Aufsatz. Franz Walter interpretiert den gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen gerichteten „Krefelder Appell“ (1980) trotz der großen Bedeutung kommunistischer Akteure bei seiner Entstehung weniger als Instrument einer kommunistischen Unterwanderung des bundesdeutschen Pazifismus denn als Beispiel für die Aneignung der Friedensproteste durch die Neuen Sozialen Bewegungen.

Die Rolle von Manifesten als Tabubruch und Diskussionsanstoß erörtert Lisa Rohwedder anhand des „Tübinger Memorandums“ (1961/62) und der „Ostdenkschrift“ (1965). Die beiden im Umfeld der evangelischen Kirche entstandenen Texte beschäftigten sich mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und trugen dazu bei, gesellschaftliche Akzeptanz für die spätere „neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Regierung zu schaffen. Einen Tabubruch ganz anderer Couleur behandelt Andreas Wagner anhand des „Heidelberger Manifests“ (1981), in dem Hochschullehrer unterschiedlicher Fachrichtungen vor einer „Überfremdung des deutschen Volkes“ warnten. Durch ihr wissenschaftliches Renommee verliehen sie dabei biologistisch-rechtsextremen Argumentationsmustern in den Debatten um die „multikulturelle Gesellschaft“ an Gewicht.

Die Bedeutung von Streitschriften für den politischen Diskurs sowie die (Eigen-)Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen stehen auch im Zentrum des einzigen Beitrags zur DDR. Michael Lüthmann zeigt am Gründungsmanifest des Neuen Forums (1989), wie

schnell wegweisende Ansätze im Strudel der Ereignisse ihre Aktualität verlieren und zu historischen Dokumenten gerinnen können.

Die jüngste Vergangenheit politischer Manifeste wird in zwei Beiträgen angesprochen. Die „Erfurter Erklärung“ (1997) wirkt dabei, wie Oliver D’Antonio herausstreicht, wie der Schlusspunkt einer vergangenen Epoche. Der Initiatorenkreis (eine Mischung gemäßigter West-68er und Protagonisten der Herbstrevolution 1989) beklagte die Erosion des Sozialstaats nach dem „Modell Deutschland“, ohne größere Resonanz zu erzielen – vor allem, nachdem man sich von der umstrittenen Forderung nach einer Koalition aller linken Kräfte (inklusive PDS) in der Neufassung des Manifests verabschiedet hatte. Das jüngste im Sammelband behandelte Manifest bildet die Schrift „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ von 2002. Gegen die damalige US-amerikanische Außenpolitik sowie das Manifest „What we are fighting for“ mit seiner These eines gerechten Krieges gerichtet, wurde es von den Medien meist negativ als Ausdruck anti-amerikanischer Positionen rezipiert. Als Teil eines transatlantischen Dialogs erforderte es, wie Alexander Hensel und Sören Messinger feststellen, jedoch durchaus die Funktion eines diskursiven Brückenkopfes (S. 410).

Ob sich Manifeste als Medien zur Einflussnahme aus der Zivilgesellschaft in die Politik eignen, diskutieren Johanna Klatt und Robert Lorenz im Schlusskapitel. Sie kommen zu einem überwiegend positiven Urteil: Als Ausdruck oppositioneller Meinungen können Manifeste als „sensible Seismographen“ öffentlicher Debatten fungieren (S. 436), sozialen Wandel befördern und die Konstituierung zivilgesellschaftlicher Gruppen unterstützen. Ihre Strahlkraft und Wirkung sei aber stark abhängig vom Renommee der Manifestanten, ih-

rer Medienkompatibilität und der Offenheit des politischen Systems. Manifeste seien damit primär Artikulationsinstrumente intellektueller Eliten in pluralistischen Demokratien. Aufgrund ihres „autoritären Meinungs- und Deutungscharakters“ seien sie modern und anachronistisch zugleich – und damit aus zivilgesellschaftlicher Sicht letztlich zwiespältig zu beurteilen (S. 442).

Der Sammelband bietet einen anregenden Diskussionsbeitrag zur Debatte um Ausformung und Wirkungsweise der Zivilgesellschaft. Indem die Autoren diese als Sphäre jenseits von Staat, Wirtschaft und Privatleben definieren und auf normative Kennzeichen verzichten, werden auch die Schattenseiten bürgerschaftlichen Engagements bewusst akzentuiert. Dagegen bezeichnet etwa Jürgen Kocka Werte wie die Anerkennung von Pluralität, Gewaltfreiheit und Zivilität als charakteristisch für zivilgesellschaftliche Akteure: Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2003) H. 2, S. 29-37. Zur Diskussion um die Schattenseiten der Zivilgesellschaft siehe auch Roland Roth, Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: ebd., S. 59-73; Arnd Bauerkämper / Dieter Gosewinkel / Sven Reichardt, Paradox oder Perversion? Zum historischen Verhältnis von Zivilgesellschaft und Gewalt, in: *Mittelweg* 36 15 (2006) H. 1, S. 22-32. Dieser inhaltliche Schwerpunkt auf demokratischen Potenzialen, Grenzen und Gefahren politischer Manifeste bestimmte die Fallauswahl offenbar stark mit – die Jahre vor 1900 werden kaum, die Diktaturen des 20. Jahrhunderts nur punktuell berücksichtigt. Ferner werden fast ausschließlich deutschsprachige Manifeste analysiert. Es ist daher zu hoffen, dass die konzeptionellen Anregungen dieses Sammelbandes gerade in international vergleichender Perspektive weiter vertieft werden.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Ute Hasenöhl. Review of Klatt, Johanna; Lorenz, Robert, *Manifeste: Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. September, 2011.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=34114>

Copyright © 2011 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.